

Das Magazin für den  
öffentlichen Dienst

Dezember 2025

# Stadtmagazin

## Deutschlands modernster Wissenschafts- und Technologiapark



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin





© dbb berlin

## Inhalt

### Berufspolitik

Klare Verfassungsverstöße bei Berliner Besoldung	4
Düstere Zukunftsperspektiven	5
Zu oft krank?	6

### dbb frauen

Benachteiligung bei Teilzeitbeschäftigung?	7
Geschlechtsbilder im Wandel	7

### Justiz

Kammergericht bei Nacht	8
Einsparungen bereiten große Sorgen	9

### dbb Chronik

Nach der Wiedervereinigung (Teil 3)	10
-------------------------------------	----

### Tarif

Vorbereitung auf die Tarifrunde	12
---------------------------------	----

### Titelthema

Wissenschaftsstadt Adlershof	13
------------------------------	----

### Unterhaltung

Preisrätsel	15
-------------	----

### Letzte Meldung

Grundsatzgespräch mit dem Finanzsenator	16
---	----

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Bundesverfassungsgericht hat die vom dbb berlin immer wieder beklagten Verstöße gegen die amtsangemessene Alimentation bestätigt. Jetzt kommt es darauf an, dass ohne weitere Verzögerungen die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.

Besorgnis löst der von der Senatsverwaltung für Finanzen veröffentlichte aktuelle Personalstandsbericht aus: Über 30 Prozent des überalterten Personals im unmittelbaren Landesdienst werden in den nächsten zehn Jahren ausscheiden – und das bei dem schon jetzt vorhandenen akuten Personal-mangel. Letzterer ist auch nicht ohne Einfluss auf den Krankenstand im öffentlichen Dienst geblieben, der mittlerweile um 0,7 Tage den bundesweiten Jahresdurchschnitt übersteigt.

Trotz dieser alarmierenden Nachrichten soll weiter am öffentlichen Dienst gespart werden. So befürchtet beispielsweise der BSBD Berlin, dass der Haushalt der Justiz derart „eingedampft“ werden soll, dass absolute Handlungsunfähigkeit droht.

Das Kriminalgericht hatte am Abend des 7. November seine Tore geöffnet, um der interessierten Bevölkerung die Arbeit der Justiz und auch das historische Gebäude selbst vorzustellen. Das hauptstadt magazin war vor Ort dabei.

Auch der Wissenschafts- und Technologiepark Berlin-Adlershof hat sich im Rahmen der Berliner Science Week Anfang November mit einem Rundgang präsentiert, der mithilfe eines „Gedankengangs“ jedermann offensteht und ausgesprochen aufschlussreich ist.

Unter dem Titel „Neue Prioritäten nach der Wiedervereinigung“ veröffentlichen wir in diesem Heft auch den dritten und vorletzten Teil der Chronik des dbb berlin.

Ihnen allen ein friedliches und geruhames Weihnachtsfest sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr wünscht Ihr

Frank Becker,  
Landesvorsitzender dbb berlin

### Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

**Redaktion:** Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

**Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb berlin.

**E-Mail:** post@dbb berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

**Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

**Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb berlin.

**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:**

mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:**

Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:**

marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 22,

gültig ab 1.1.2025. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

**Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

**Titelbild:** © WISTA Management GmbH – www.adlershof.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

## BVerfG: klare Verfassungsverstöße bei Berliner Besoldung

# dbb berlin fordert sofortige Konsequenzen

Jetzt ist amtlich, was spätestens seit fünf Jahren klar war: Das Land Berlin hat im Zeitraum von 2008 bis 2020 bei der Bezahlung seiner Beamten gegen die Verfassung verstoßen! Und das nicht zu knapp: In den Besoldungsgruppen der A-Besoldung, der die meisten Beamtinnen und Beamten zugeordnet sind, wurde nach Feststellung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) im genannten Zeitraum zu 95 Prozent unvereinbar mit Art. 33 Abs. 5 GG – und damit verfassungswidrig – zu niedrig bezahlt. Der dbb berlin erwartet jetzt die sofortige Umsetzung der eindeutigen Besoldungsentscheidung des BVerfG für den Rechtskreis Berlin.

Die für das Landespersonal zuständige Senatsverwaltung für Finanzen hat unterdessen die schnellst-

mögliche Einleitung der notwendigen Schritte angekündigt. Wörtlich heißt es in einer Presseerklärung der Senatsverwaltung: „Selbstverständlich wird das Land Berlin nun auch die aktuellen Vorgaben des BVerfG schnellstmöglich umsetzen. So wird die Senatsverwaltung für Finanzen den Grundsatzbeschluss zum Anlass nehmen, ein entsprechendes Reparaturgesetz zu erarbeiten. Dieses soll nicht nur für die vom BVerfG entschiedenen Besoldungsgruppen gelten, sondern für sämtliche offenen Verfahren in allen Besoldungsgruppen und in allen Besoldungsordnungen bis einschließlich 2020.“

### Jahrelange Verzögerungstaktik bei der Beamtenbesoldung

Das könnte allerdings – zumindest für den Zeitraum bis 2015 – längst vollzogen worden sein, denn vom Bundesverfassungsgericht gerügte völlig gleichgelagerte Tatbestände in der R-Besoldung sind vom Land Berlin schon 2021 mit einem Reparaturgesetz beseitigt worden. Bei der Beamtenbesoldung hat man dagegen zulasten der Betroffenen auf Zeit gespielt und ein weiteres höchstrichterliches Urteil abgewartet.

Der entsprechende Beschluss wurde nun am 17. September 2025 gefasst und am 19. November 2025 veröffentlicht (2 BvL 20/17, 2 BvL 21/17, 2 BvL 5/18, 2 BvL 6/18, 2 BvL 7/18, 2 BvL 8/18, 2 BvL 9/18). Das BVerfG verurteilt darin das Land Berlin eindeutig und unmissverständlich, eine verfassungskonforme Regelung innerhalb einer engen Frist zu treffen.

### Mangel an Wertschätzung

Dazu dbb Landeschef Frank Becker: „Wir sind sehr froh, dass das Bundesverfassungsgericht jetzt ein endgültiges Machtwort gesprochen hat, nachdem das Land Berlin die schon vor Jahren höchstrichterlich festgestellten Verfassungsverstöße bei der Berliner Besoldung lediglich bei der R-Besoldung geheilt hat.“ Scharf kritisierte Becker in diesem Zusammenhang, „dass Beamtinnen und Beamte erst erneut nach Karlsruhe ziehen mussten, um endlich ihr Recht zu bekommen. Wertschätzung durch den Dienstherrn sieht anders aus.“

Vor allem aber dürfte endlich klar geworden sein, dass die Besoldung der Beamtinnen und Beamten kein Selbstbedienungsladen ist. Alle Dienstherrn haben in eigenem Interesse eine amtsangemessene Alimentation sicherzustellen. Mit Blick auf die anstehende Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder bedeutet das schon in naher Zukunft, dass alle Besoldungsgesetzgeber die Pflicht zur kontinuierlichen Fortschreibung der Besoldung haben. ■



## Personalstandsbericht mit düsteren Zukunftsperspektiven

Der aktuelle, von der Senatsverwaltung für Finanzen herausgegebene Bericht über den Personalbestand im unmittelbaren Berliner Landesdienst weist düstere Zukunftsaussichten aus, auch wenn in 2024 die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen ist.

Nichts geändert hat sich nämlich an der Vorausschau auf die nächsten zehn Jahre, die durch dramatische Personalverluste gekennzeichnet ist. Über 30 Prozent des überalterten Personals im unmittelbaren Landesdienst werden bis dahin voraussichtlich altersbedingt ausscheiden. Zusätzlich muss darüber hinaus mit vorzeitigen Abgängen wegen Dienstunfähigkeit, Kündigung etc. gerechnet werden, die in der amtlichen Statistik nicht berücksichtigt sind.

### Alle Verwaltungsbereiche betroffen

Von dem Aderlass betroffen sind alle Verwaltungsbereiche, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Bildung, Forschung, Kultur und Wissenschaft müssen – in absoluten Zahlen – mit dem größten Verlust von 14.256 Beschäftigten rechnen. In der Allgemeinen Verwaltung müssten 10.274 Kräfte ersetzt werden, wenn zumindest der Ist-Zustand gewahrt werden soll. Im Bereich Sicherheit werden 7.111 Beschäftigte fehlen und bei der Justiz 3.115, um nur die am härtesten betroffenen Bereiche zu nennen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es nur wenig tröstlich, dass die Beschäftigtenzahl nach einem leichten Rückgang im Vorjahr zum Januar 2025 um 2.729 angestiegen ist. Denn ein ähnlich hoher

Anstieg in den kommenden zehn Jahren würde nicht einmal ausreichen, um den Ist-Zustand aufrechtzuerhalten – und der ist bekanntlich bereits durch akuten Personalmangel gekennzeichnet.

### Bundesweit höchstes Durchschnittsalter

Auch die im Bericht ausgewiesene positive Tatsache, dass das Durchschnittsalter der Beschäftigten das elfte Jahr in Folge gesunken ist, wird erheblich dadurch relativiert, dass das Durchschnittsalter noch immer mit 46,3 Jahren bundesweit am höchsten ist und die Gruppe der unter 30-Jährigen trotz eines 1,4 prozentigen Anstiegs noch immer unter 10 Prozent liegt.

Äußerst besorgt über die Personalentwicklung äußerte sich denn auch der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Goiny gegenüber der Berliner Zeitung vom 1. und 2. November: „Die Personalabgänge in den nächsten fünf, sechs Jahren werden uns an den Rand der Erfüllbarkeit unserer Aufgaben bringen. Es ist viel zu spät damit begonnen worden, die Ausbildung zu stärken. Der dbb berlin fordert deshalb eine zügige Umsetzung der Personalbedarfsplanung 2030 (PEP) und Konzepte, um das vorhandene Personal zu halten!“



## Zu oft krank?

**An 36,8 Kalender- bzw. 26,2 Arbeitstagen waren die Beschäftigten im unmittelbaren Landesdienst von Berlin nach einer Erhebung der Senatsverwaltung für Finanzen krank. Verwunderlich ist das nicht, wie der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Goiny unter Hinweis auf das hohe Durchschnittsalter der Beschäftigten und zahllose Überstunden, die sie aufgrund anhaltender Personalknappheit leisten müssen, festgestellt hat.**

Gegenüber FOCUS online stellte Goiny wörtlich klar: „Unsere Beschäftigten haben mit über 46 Jahren einen sehr hohen Altersdurchschnitt. Wer als junger Mensch gerne am Wochenende einspringt oder Überstunden macht, kann das, wenn er älter ist, vielleicht nicht mehr.“ Der Krankenstand steige auch, weil weniger Menschen mehr Arbeit machen müssten.

In der Presse waren verschiedentlich Mutmaßungen darüber angestellt worden, warum der Krankenstand bei den Berliner Beschäftigten den bundesweiten Durchschnitt – um ganze 0,7 Tage – überstiegen hat. Auch hier liegt die Antwort auf der Hand: Die Arbeitsbedingungen sind in der Hauptstadt deutlich härter als in der Fläche, speziell, was die Gewalt – psychisch und physisch – gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angeht. „Wir sind die Prügelknaben für Politikverdrossenheit, für Zeitverzögerungen infolge Personalmangels und Investitionstau. Nicht einmal mehr die Helfer von Rettungsdiensten und Feuerwehr sind vor Gewaltattacken sicher“, so Goiny. Umso bedauerlicher, dass eine unterschrittsreife Dienstvereinbarung zur Gewaltprävention viele Monate auf Halde gelegen hat.

### Hausgemachter Personalmangel

Auch der Personalmangel sei hausgemacht, ergänzt der stellvertretende Landesvorsitzende:

„Jahrelang hat Berlin Personalabbau betrieben und auf Neueinstellungen gänzlich verzichtet, sodass wir jetzt vor einer Pensionierungswelle stehen, die auf dem von Fachkräften leer gefegten Arbeitsmarkt längst nicht mehr auszugleichen ist.“ Schon jetzt würden immer mehr Quereinsteiger beschäftigt werden, die herzlich willkommen seien, aber deren Einarbeitung den Bestandskräften noch zusätzliche Arbeit aufbürde. Goiny erinnerte daran, dass der dbb berlin schon vor über zehn Jahren auf ein Personalentwicklungskonzept gedrängt hat, bei den wechselnden Landesregierungen allerdings damit zunächst nur auf Unverständnis gestoßen sei. Später seien zwar Konzepte entwickelt worden, die aber samt und sonders in der Theorie stecken geblieben waren. Zudem würden Personalbedarfsstatistiken erhoben, die aber nicht in den Stellenbedarf einfließen, wie bei Finanzämtern und Gerichten.

Keinerlei Verständnis zeigte Goiny schließlich dafür, wenn in Presseberichten suggeriert würde, „Schreibtischtäter“ hätten weniger Anlass zu erkranken als Mitarbeiter im Vollzugsdienst. „Abgesehen davon, dass schon allein die Annahme eines unterschiedlichen ‚Rechts auf Erkrankung‘ absurd ist, wird in Beihilfestellen, Gerichten, in Jugendämtern und vielen anderen Behörden ständig im Akkord gearbeitet.“ ■

## Teilzeit darf kein Nachteil sein!

Die Vorsitzende der dbb frauen berlin, Silke Jonas, hat mehr Anerkennung und gerechte Entlohnung für die Arbeit von Frauen gefordert sowie eine Rentenpolitik, die die Lebensleistung von Frauen widerspiegelt. Frauen trügen entscheidend dazu bei, den Generationenvertrag zu erfüllen und die soziale Sicherheit dieses Landes zu gewährleisten.

Anlass für das entschiedene Statement der Berliner dbb Frauenvorsitzenden war die intensive Auseinandersetzung der Hauptversammlung der dbb frauen mit der Teilzeitbeschäftigung, die zwar längst kein Randphänomen mehr ist, aber immer noch strukturelle Benachteiligungen aufweist.

Trotz klarer rechtlicher Regelungen würden oft zusätzliche Leistungen abverlangt, häufig nicht dem Arbeitszeitanteil entsprechend. Teilzeitkräfte leisteten darüber hinaus überdurchschnittlich viel unbezahlte Arbeit und stießen bei der Anerkennung ihrer Rechte auf Widerstand. Der Hinweis auf „dienstliche Belange“ würde zu oft als pauschale Begründung genutzt, um flexible oder faire Teilzeitmodelle zu verwehren.

### Zementierte Ungleichheiten

Besonders von dieser Schieflage betroffen seien Frauen, die den Hauptanteil der Teilzeitbeschäftig-

ten stellen und zusätzlich noch größtenteils die familiäre Sorgearbeit verrichten. Aufgrund dieses Umstandes würden im System bestehende Ungleichheiten zementiert – sowohl beim Einkommen als auch in der Karriereentwicklung und der Altersversorgung.

Berlin hat mit dem Frauenförderplan und Initiativen wie „Führen in Teilzeit“ wichtige Schritte eingeleitet. Doch gerechte Regelungen auf dem Papier nützen wenig, so Silke Jonas, wenn sie in der Praxis nicht umgesetzt werden. Es brauche deshalb verbindliche Teilzeitkonzepte in jeder Dienststelle, klar geregelte Ausgleichsmechanismen und echte Wertschätzung für die Leistung der Teilzeitkräfte. Teilzeit dürfe keine Karrierebremse sein – und kein Gesundheitsrisiko. Wer gute Leistung wolle, müsse gute Arbeitsbedingungen schaffen – für alle, unabhängig vom Stundenumfang. ■



Silke Jonas ist Vorsitzende des Fachausschusses Frauen beim dbb berlin.



Die Teilnehmerinnen der frauenpolitischen Fachtagung

## Geschlechterbilder im Wandel

Die diesjährige frauenpolitische Fachtagung des dbb berlin hat sich unter dem Thema „Geschlechterbilder im Wandel“ mit dem Rollenverständnis von Männern und Frauen intensiv auseinandergesetzt. Unter der fachkundigen Leitung von Dozentin Daniela Peetz, die ausgebildete Beraterin, Mentorin und Coach für Frauen und Gleichstellung ist, wurden Klischees und Hemmnisse, aber auch Chancen für die Gleichberechtigung der Geschlechter diskutiert.

Einig waren sich die Teilnehmerinnen darüber, dass echte Gleichstellung nur in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Männern gelingen kann. Beispiele dafür seien Austauschplattformen wie Elterncafés oder auch Frauenförderpläne.

Daniela Peetz gab den Teilnehmerinnen viele wertvolle Impulse mit auf den Weg, wie Chancengleichheit im Arbeitsalltag weiter gestärkt werden kann, und ließ es auch an spannenden Literaturempfehlungen nicht fehlen. ■

# Kammergericht bei Nacht

Das Berliner Kammergericht hat am Abend des 7. November 2025 seine Tore geöffnet, um der interessierten Bevölkerung mit einem unterhaltsamen Programm die Arbeit der Justiz und auch das historische Gebäude selbst vorzustellen.

Über mangelnde Resonanz konnten sich die Veranstalter nicht beklagen. Schon vor Veranstaltungsbeginn bildete sich lange Warteschlangen vor dem Eingang und auch im weiteren Verlauf des Abends waren die breiten Flure und Treppenhäuser des Gerichts voller Besucher.

Wer ein Ticket für eine der begehrten nachgestellten Gerichtsverhandlungen oder eine Hausführung

Gute Stimmung  
am Stand des  
BSBD Berlin



A blue event poster for 'KAMMERGERICHT bei NACHT'. The title is in large white letters. Below the title is an illustration of a building with a red roof and yellow windows, with a yellow crescent moon and a white paragraph symbol (§) to the right. Below the illustration is a stack of books with the text 'Ein Abend voller Recht &amp; Geschichten'. At the bottom, there is a QR code and event details: 'FREITAG 07 | 11 | 25 18 BIS 22 UHR', 'Eilfholzstraße 30-33 10781 Berlin', 'Eingang Kleistpark', 'Eintritt frei', 'Snacks &amp; Getränke', 'Programme Anmeldung wichtige Hinweise', and 'Anmeldungen per E-Mail: Anmeldung2025@kg.berlin.de'. The Berlin logo is at the bottom right. A vertical copyright notice '© Kammergericht Berlin' is on the right edge.



Besucherandrang  
im Kammergericht

© Annemarie Wellige (3)



Auch für Erfrischung war gesorgt ...

ergattern wollte, musste durchaus mit längeren Wartezeiten rechnen, die aber leicht dank des reichhaltigen Programmangebots überbrückt werden konnten. So stellten sich die Berufe der Justiz – natürlich auch mit einem Stand der BSBD Berlin – vor, auf einem Markt der Justiz informierten die Gerichte über ihre Aufgaben und wer wollte, konnte sich mit Snacks, Cocktails und Getränken versorgen.

Erwähnenswert ist auch ein „Townhall Talk“ im obersten Stockwerk des Gerichts, bei dem am laufenden Band in spannenden 15-minütigen Kurzvorträgen Richter, Justizwachtmeister und Gerichtsvollzieher über Arbeitsabläufe und Grundlagen der Gerichtsbarkeit informierten.

Um die 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz sorgten sehr aufmerksam dafür, dass die Gäste sich wohlfühlten und in den langen Fluren zurechtfinden. Ihnen, allen Mitwirkenden an dem vielfältigen Programm und nicht zuletzt dem Veranstalter sei gedankt für den interessanten Abend und natürlich für ihren Beitrag zur stärkeren Wahrnehmung der Justiz in der Öffentlichkeit. ■

## Seit 1468 Kammergericht

Das Berliner Kammergericht – das Oberlandesgericht von Berlin – wurde erstmals 1468 urkundlich erwähnt und ist damit das älteste Gericht, das seit seiner Gründung ununterbrochen tätig ist. Das Gericht hatte seinen Sitz in den „Kammern“ des Landesherrn im Berliner Stadtschloss.

1735 bezieht das Gericht erstmals eigene Räume, und zwar im Collegienhaus in der Kreuzberger Lindenstraße.

Wegen des erhöhten Raumbedarfs wird in den Jahren 1909 bis 1913 das heutige Gerichtsgebäude im neobarocken Stil am damaligen Botanischen Garten und heutigen Kleistpark errichtet.

Traurige Berühmtheit erlangte der prachtvolle Plenarsitzungssaal des Gerichts in der Zeit zwischen August 1944 und Januar 1945, als hier die rechtsstaatswidrigen Schauprozesse des Nazi-Volksgerichtshofs stattfanden und mehr als 100 Todesurteile gegen die Widerstandskämpfer des 20. Juni 1944 gefällt wurden.

Am Ende des 2. Weltkrieges beschlagnahmten die Alliierten das Gebäude am Kleistpark und nutzten es zunächst bis März 1948 als Sitz des Alliierten Kontrollrats, später als den der Alliierten Luftsicherheitszentrale. Das Kammergericht findet in dieser Zeit in den Räumen des ehemaligen Reichsmilitär- und späteren Reichskriegsgerichts in der Witzlebenstraße ein dauerhaftes Unterkommen.

Nach der Wiedervereinigung erhält es im Februar 1991 sein Gebäude am Kleistpark zurück, wo auch der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin und die Generalstaatsanwaltschaft Berlin ihren Sitz haben. ■

*(Quelle: Seit 1468 Kammergericht/ Kammergericht von Berlin)*

## Große Sorgen wegen Einsparungen bei der Justiz

**Der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, Thomas Goiny, hat sich zutiefst besorgt über die laufenden Haushaltsberatungen geäußert.**

Gegenüber der Berliner Zeitung bezeichnete Goiny den Haushalt der Justiz als so „eingedampft“, dass absolute Handlungsfähigkeit drohe.

Darunter litten auch sinnvolle Strukturen. So könnten weder in der JVA Tegel noch in der JVA Moabit der traditionelle Weihnachtsmarkt in diesem Jahr durchgeführt werden, weil sogar das Geld für den

Materialeinkauf fehle. Generell würden aus Kostengründen wichtige Maßnahmen gekürzt. „Wir haben in vielen Punkten ernsthafte Probleme, unseren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Überall sind die Kosten gestiegen, so für Gerichtsvollzieher, Dolmetscher, Gutachter oder auch Mieten. Gleichzeitig soll aber im Vollzug gespart werden.“ ■

## Neue Prioritäten nach der Wiedervereinigung

Mit der Wiedervereinigung im Jahre 1990 wurden alle beamtenpolitischen Auseinandersetzungen und Reformen schlagartig zweitrangig. Im Vordergrund stand jetzt, Verwaltungsstrukturen nach Westberliner Vorbild in Ostberlin aufzubauen und dabei überbordende Personalstände abzubauen. Umschulungsmaßnahmen waren das Gebot der Stunde, begleitet von einem „Durchmischung“ genanntem Personalaustausch zwischen beiden Stadthälften.



Verbeamtet wurden die Ostbediensteten zunächst nicht, stattdessen entstanden im wiedervereinigten Berlin zwei Tarifgebiete, die noch lange fortbestehen sollten. Der dbb Landesbund reagierte damals prompt und installierte zur Wahrung der Arbeitnehmerinteressen bei seinem Landesgewerkschaftstag 1992 per Satzungsänderung eine Tarifunion innerhalb seiner Organisation. Mit Erfolg: Die Bezügeangleichung nahm zunächst recht zügig Fahrt auf, zwischen Mai 1992 und Juli 1993 kletterten die Ostgehälter von 70 auf 80 Prozent des Westniveaus, was Hoffnungen auf eine volle Angleichung bis Jahresende weckte. Bekanntlich sollte das aber ganz anders kommen.

Das besondere Interesse des dbb berlin galt nach der Wiedervereinigung selbstverständlich auch der Wiedereinführung des Beamtenrechts im Ostteil der Stadt. Nachdem das Abgeordnetenhaus mit dem sog. Mantelgesetz zur Vereinheitlichung des Landesrechts auch die Verbeamtung im Ostteil Berlins zugelassen hatte, drängte der dbb Landesbund massiv auf das noch ausstehende erforderliche Rundschreiben der Innenverwaltung, die im Sommer 1992 endlich grünes Licht für die Verbeamtungen gab. Nicht ohne Probleme verlief der Prozess allerdings im Bereich der Schulverwaltung. Immerhin heißt es im Geschäftsbericht des dbb berlin aus dem Jahre 2000, dass die Verbeamtung von 6.500 Lehrern durchgesetzt werden konnte.

Parallel dazu verlief der Aufbau der Interessenvertretung des dbb im Osten. Schon 1990 fanden dazu die ersten Gespräche der Landesleitung statt.

### Sparprogramme und Privatisierungen

Im weiteren Verlauf der 90er erwiesen sich die Kosten der Wiedervereinigung aufgrund der maroden DDR-Wirtschaft als wesentlich höher als erwartet. Der bereits Mitte der 90er ins Stocken geratene ökonomische Angleichungsprozess zwang in der Folge zu rigiden Sparmaßnahmen, die sich im Berliner öffentlichen Dienst bis heute auswirken. Noch in den 90ern wurden Sparprogramme durch Haushaltsstrukturgesetze aufgesetzt, die immer wieder dem öffentlichen Dienst Sonderopfer durch einseitige Einkommenseingriffe oder Stellenkürzungen abverlangten. Dabei galt es auch immer wieder, Angriffe auf wesentliche Strukturelemente des Berufsbeamtentums abzuwehren.

Als verhängnisvoll erwies sich zudem eine Privatisierungseuphorie, bei der die Daseinsvorsorge weitgehend auf der Strecke blieb und die den Steuerzahler – wie im Fall der Deutschen Bahn – viel Geld gekostet hat und immer noch kostet. Dabei hatte der dbb frühzeitig, aber vergeblich vor einer Privatisierung der Gewinne und einer Sozialisierung der Verluste gewarnt, wie sie dann tatsächlich eingetreten sind. In Berlin wurden zur Haushaltsentlastung die Wasser- und Stromversorgung privatisiert und später teuer zurückgekauft.

### Sonderopfer über Sonderopfer

Hatten die Forderungen des dbb berlin nach einem Ende des Stellenabbaus, nach Anhebung der Arbeitszeit und der Dienstbezüge Ost auf Westniveau in den 90ern schon kein Gehör gefunden, sollte in den





folgenden Jahrzehnten eine Sparwelle ungekannten Ausmaßes über den Landesdienst hereinbrechen, die der dbb berlin nur geringfügig abmildern konnte. Der Senat zeigte sich entschlossen, 40.000 der insgesamt 140.000 Stellen im Landesdienst durch Verzicht auf Neubesetzung bis 2010 abzubauen, und schlug die nachdrücklichen Warnungen des dbb Landesbundes vor einem Verlust an staatlicher Daseinsvorsorge in weiten Bereichen kurzerhand in den Wind. Ab 2003 erlaubten Öffnungsklauseln den Ländern überdies Zugriffe auf Besoldungsbestandteile wie Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld. In Berlin fand sich der dbb zu einem Solidarpakt mit dem Senat zur Sanierung des Landeshaushalts bereit, dem zufolge die Beamten vorübergehend – genauer gesagt bis 2009 – auf das komplette Urlaubsgeld und Teile des Weihnachtsgelds verzichteten; den Angestellten des Landes wurden Gehaltseinbußen von 12 Prozent auferlegt. Der Vertragspartner Senat sollte sich indes als äußerst unzuverlässig erweisen, denn das „vorübergehend bis 2009“ wird bis heute von der Politik geflissentlich übersehen, wenn nicht sogar negiert, soweit die Beamten betroffen sind – ein unerhörter Vertrauensbruch!

Die Angestellten mussten auf den Ausgleich bis 31. Dezember 2009 warten und auch der ist ausschließlich dem Umstand zu verdanken, dass Berlin in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) eingetreten war. Angemerkt sei noch im Vorgriff auf die weitere Entwicklung: Ein Verzicht auf Gehaltserhöhungen ist nie Gegenstand des Solidarpakts gewesen! Es sollte allerdings mit der Föderalismusreform noch viel verhängnisvoller kommen.

### **Rolle rückwärts mit der Föderalismusreform**

Als noch verhängnisvoller als die Öffnungsklauseln erwies sich nämlich 2006 die Entscheidung von Bundestag und Bundesrat, im Rahmen einer Föderalismusreform beamtenrechtliche Kompetenzen wie das Besoldungs- und Laufbahnrecht wieder auf die Länder zu verlagern. Mit der Entscheidung für diese konkurrierende Gesetzgebung wurde faktisch eine Rolle rückwärts vollzogen. Die guten Gründe, die

1969 zur Vereinheitlichung der Besoldung geführt hatten, wurden komplett negiert. Das Land Berlin nutzte vielmehr unter Missachtung seiner gesetzlichen Fürsorgepflicht die neue Rechtslage gnadenlos aus und setzte in den Folgejahren eine Besoldungsspirale nach unten in Gang, die wegen der bundesweit schlechtesten Besoldung der Berliner Beamtinnen und Beamten noch eine verhängnisvolle Abwanderung des dringend benötigten Personals aus der Hauptstadt nach sich ziehen sollte. Schon Anfang 2008 beziffert der dbb berlin den Einkommensrückstand gegenüber dem Bund, der seit dem Regierungsumzug nach Berlin in direktem personellen Wettbewerb zum Land steht, auf 20 Prozent. Die Landesbeamtinnen und -beamten hatten seit einer spärlichen einprozentigen Erhöhung im Jahre 2004 auch keine Anpassung ihrer Bezüge mehr gesehen und der I. Senat verweigerte eine Tarifierfassung. Kein Wunder, dass es bei der Einkommensrunde im Frühjahr desselben Jahres zu massiven Warnstreiks und einer Protestveranstaltung kam, bei der 10.000 Beschäftigte ihrem Ärger Luft machten.

### **Rütteln an den Fundamenten des Berufsbeamtentums**

Doch nicht nur die Einkommen wurden beschnitten, auch an den Fundamenten des Berufsbeamtentums wurde kräftig gerüttelt. Eine im Februar 2004 konstituierte Enquete-Kommission „Eine Zukunft für Berlin“ des Abgeordnetenhauses forderte – wie auch die sog. Bull-Kommission in NRW – in ihrem Schlussbericht ein Einheitsdienstrecht und die Streichung des Grundgesetzartikels 33, 5, der die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums regelt. Zwar konnte sich das auch von der Konkurrenzgewerkschaft des dbb berlin favorisierte Modell nicht durchsetzen, es entstand aber eine u. a. eine heftige Diskussion um die hoheitsrechtliche Tätigkeit der Lehrer mit der Folge, dass ab 2004 für lange Jahre keine Lehrerinnen und Lehrer in Berlin mehr verbeamtet wurden.

Auch die Einbeziehung der Beamten in die gesetzliche Krankenversicherung – das sogenannte Bürgerversicherungsmodell – lebte, obwohl weder kostengünstiger noch effektiver, auf und es gehörte schon

fast zum festen Bestandteil eines jeden Jahres, dass der dbb berlin polemische Angriffe gegen Beihilfe und auch Beamtenversorgung kontern musste.

Innerorganisatorisch stellte sich der dbb berlin im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends immer breiter auf, um noch fundierter die Interessen aller Beschäftigtengruppen wahrnehmen zu können. Installiert wurden Konferenzen für Frauen, Arbeitnehmer, Senioren und Personalräte und auch die noch heute regelmäßig stattfindenden Grundsatzgespräche mit dem für den öffentlichen Dienst zuständigen Senator (damals noch der Innensenator). Auch die Einbeziehung der Beamten in die gesetzliche Krankenversicherung lebte im Bürgerversicherungsmodell wieder auf, obwohl weder kostengünstiger noch effektiver.

## **Außerordentlicher Gewerkschaftstag wegen massiven Vertrauensbruchs**

Das Jahr 2010 begann mit einem Paukenschlag. Der dbb berlin berief einen außerordentlichen Gewerkschaftstag ein. Grund dafür war, dass der im Solidarpakt von 2003 vereinbarte Verzicht der Beamtinnen und Beamten auf ihr Urlaubsgeld und Teile des Weihnachtsgelds mit dem 31. Dezember 2009 ausgelaufen war, aber die vereinbarte Rückkehr zum allgemeinen Einkommensniveau der 15 anderen Bundesländer noch nicht einmal andiskutiert worden war. Stattdessen ließ der damalige Finanzsenator verlauten, dass „die Haushaltsluft noch deutlich kälter wehe“ und mindestens zehn weitere Jahre gebraucht würden, um den Personalhaushalt zu sanie-

ren bzw. von 118.000 auf 100.000 zu schrumpfen. Demgegenüber hatte der dbb berlin festgestellt, dass der Personalabbau der letzten knapp 20 Jahre den Staat nicht verschlankt, sondern empfindlich geschwächt hat. U. a. hatten Berlins Lehrkräfte die Flucht nach Brandenburg angetreten und junge Polizisten zog es zunehmend von Berlin nach Hamburg. Die Leistungsfähigkeit, forderte der dbb berlin, müsse durch einen sofortigen Stopp des Personalabbaus und deutliche Einkommenserhöhungen wieder sichergestellt werden.

Für die Berliner Tarifbeschäftigten kam der Durchbruch Anfang 2010. Im TV-L wurde ein überschaubarer Zeitrahmen für die Anpassung an das Einkommensniveau der anderen Bundesländer festgelegt, auf den 1. August 2011 wurde die Rückkehr zur 39-Stunden-Woche festgelegt und die Unterschiede in der Ost-West-Bezahlung sollten bis 2017 beseitigt sein. Die Beamten dagegen sollten die Anpassungen 2010 und 2011 durch Wegfall der erhöhten Sonderzahlung selbst bezahlen.

Minimale Gehaltsanpassungen, weiterer Stellenabbau, abwanderndes Personal, ein eklatanter Vertrauensbruch des Senats in Sachen Solidarpakt und ein erstes Urteil wegen Verstoßes gegen die amtsangemessene Alimentation kennzeichneten die Situation, als nach dem 22. Landesgewerkschaftstag im Mai 2013 der neu gewählte Landesvorsitzende Frank Becker das Ruder beim dbb berlin übernahm. ■

*(Frank Becker selbst hält Rückschau in der Januar/Februar-Ausgabe des hauptstadt magazins.)*

## **dbb berlin bereitet sich auf die aktuelle Tarifrunde vor**

Zur Vorbereitung auf die anstehenden Tarifverhandlungen zum TV-L hat der dbb berlin ein Pilotprojekt mit einem Feierabend-Seminar für interessierte Mitglieder gestartet, das über die Spielregeln von Tarifverhandlungen informiert hat: „Wie entsteht eine Forderung und wer stellt sie auf?“, „Wie gestaltet sich der Ablauf in den einzelnen Verhandlungsrunden und wer organisiert Arbeitskämpfe und Streiks?“, waren die Themen, die vor einem sehr aktuellen Hintergrund aufgegriffen und diskutiert wurden. Denn der dbb hat Mitte November seine Kernforderungen von 7 Prozent, mindestens jedoch 300 Euro, für die Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) bekannt gegeben.

Diskutiert wurde aber auch, wie das Verhandlungsergebnis, das in der Regel einen Kompromiss

darstellt, innerhalb der Mitgliedschaft kommuniziert werden sollte und welche Möglichkeiten bestehen, die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu verstärken.

Einig waren sich die Teilnehmer aus den Bereichen der Finanzämter, der Polizei sowie der Justiz schließlich über die hohe Bedeutung von Tarifverhandlungen auch für Beamte, weil deren Besoldung in der Regel an die Ergebnisse von Einkommensrunden angepasst wird. Auch deshalb seien Beamte, auch wenn sie nicht streiken dürfen, bei Aktionen im Vorfeld oder während der Tarifrunde stets hochwillkommen.

Nach dem positiven Seminarstart soll voraussichtlich ein weiteres Seminar Anfang nächsten Jahres folgen.

## Adlershof

## Die Wissenschaftsstadt in Berlin

Die Zahlen sind imponierend: Über 1.350 Unternehmen, 18 wissenschaftliche Einrichtungen, fast 30.000 Beschäftigte und mehr als 6.000 Studierende sind in Deutschlands modernstem Wissenschafts- und Technologiepark Berlin-Adlershof dabei, die Zukunft umweltschonend und energieeffizient zu gestalten.

Themen- bzw. Forschungsschwerpunkte sind insbesondere erneuerbare Energien, Photonik und Optik, Informationstechnik (IT) und Materialien.

Gerade in der Materialforschung hat Adlershof die Nase ziemlich weit vorn, denn hier, genauer gesagt am Helmholtz-Zentrum Berlin, befindet sich mit BESSY II ein Elektronenbeschleuniger, der in einem gigantischen Kreislauf ein extrem brillantes Röntgenlicht erzeugt, das tiefste Einblicke in die Zusammensetzung der Materie bietet.

### BESSY II wird international genutzt

Forscherinnen und Forscher aus der ganzen Welt nutzen BESSY II für ihre Experimente und untersuchen unter anderem Solarzellen, Materialien für die

solare Wasserstofferzeugung und auch Proteine für die Entwicklung neuer Wirkstoffe. Auch Meteoriten und archäologische Funde können mit dem weichen Röntgenlicht untersucht werden.

Beschleunigt hat BESSY II, der im September 1998 in Berlin-Adlershof in Betrieb ging, die rasante Entwicklung des mittlerweile 4,6 Quadratkilometer umfassenden Technologieparks, an dem auch die sechs naturwissenschaftlichen Institute der Humboldt-Universität zu Berlin angesiedelt sind.

Entstanden ist der Technologiepark nach der Wende auf dem Gelände in Adlershof, das zu DDR-Zeiten bereits neun wissenschaftliche Physik- und Chemieinstitute der Akademie der Wissenschaften beherbergte.



Der Aerodynamische Park mit Trudelturm und Motorenhöhenprüfstand ist eine historische Attraktion in Adlershof.



Die Geschichte des Technologiestandorts Adlershof reicht aber noch sehr viel weiter zurück, nämlich bis ins Jahr 1909, als hier der erste deutsche Motorflughafen in Betrieb genommen wurde und sich wenig später auch die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt (DVL) ansiedelte.

### Historisches Highlight: der Aerodynamische Park

Bessy II

Noch heute zeugen Bauten von der wechselvollen Geschichte von Adlershof. Neben hochmodernen Neubauten der Forschungsanstalten steht ein denkmalgeschütztes Ensemble von Industriebauten aus der DDR-Zeit, und über die Adlershofer Luftfahrtgeschichte vor dem 2. Weltkrieg legt ein Aerodynamischer Park eindrucksvoll Zeugnis ab. Ein monumentaler Windkanal, ein Trudelwindkanal und ein gewaltiger Prüfstand für Flugzeugmotoren aus den 1930er-Jahren zählen zu den besonderen Denkmälern des Technologieparks.

An alte Traditionen anknüpfend ist übrigens seit der Wende auch das Deutsche Zentrum für Luft und Raumfahrt, die Nachfolgeorganisation vom Institut für Kosmosforschung der DDR und der einstigen DLV, in Adlershof vertreten.

### „Gedankengang“ weist Besuchern den Weg

Ein Besuch von Deutschlands größtem Technologiepark ist übrigens jederzeit möglich und auch für technisch weniger Versierte sehr lohnend. Auf der Homepage [adlershof.de](http://adlershof.de) hat die Betreibergesellschaft WISTA einen „Gedankengang“ zusammengestellt, der von der S-Bahnstation Adlershof aus durch den Technologiepark führt. Noch spannender ist es natürlich, in der Langen Nacht der Wissenschaften (die nächste findet am 6. Juni 2026 statt) Experimente, Vorträge, Wissenschaftsshows und Führungen zu erleben, und beispielsweise im ST3AM, den neuen Adlershofer Arbeitswelten, riesige 3D-Drucker in Aktion zu bestaunen. ■

Der Windkanal der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt zählt zu den historischen Denkmälern



Nicht-fachmann	↓	Gebiet des eigenen Staates	↓	verehrtes Vorbild	<b>Unsere Gewinner</b> im November sind: Ilona Graffenberg, 12359 Berlin Henry Schewe, 12524 Berlin Michael Marx, 12159 Berlin Das Lösungswort hieß „Gänsekeule“.						Antrieb, Verlockung	↓	nachgemacht, imitiert	↓	anhänglich, loyal					
Oper von Verdi	→																			
	→		6	bevor																Triumph, Erfolg im Wettkampf
Lichtspieltheater	→																		9	
Unterarmknochen	Form des Fitnesstrainings		Offiziersrang		Sturm m. starken Niederschlägen	↓	Zeitmesser	↓	später Nachkomme	weissagen	eine Europäerin	↓	griechischer Göttervater	bestrafen	erfrischendes Getränk (Kzw.)					
germanischer Volksstamm	→					4	Heiterkeit, Witz	→					Lochvorstecher, Pflriem							
	10			furchtsam, besorgt	ungeordnet; fähig	→				fehlerlos				1						
Ansprache, Vortrag		Radmittelstück	→				Treib-, Gärungsmittel	Begeisterung, Schwung	→				blütenlose Wasserpflanze	Staat in Nahost, Persien	beständig, gleichbleibend					
	→			griechische Hauptstadt					11	großer Nachtvogel	Ab-schieds-gruß (span.)	→								
Behälter mit Deckel		Altersruhegeld	→				Motor-teil (Wärme-abfuhr)	→						8	Abkürzung für Donnerstag					
	→		2	Emotion, Empfindung	7						Güte, Nachsicht	→			5					
Stadt in Mittelitalien, am Arno		Inhaltslosigkeit	→				Zündschnur	→			3		äußerste Armut							

## Drei leuchtend blaue Trinkflaschen ...

... hat unsere Fachgewerkschaft BSBD Berlin für die Gewinner unseres Preisausschreibens zur Verfügung gestellt.

Machen Sie mit und schicken Sie das richtige Lösungswort bis zum 15. Dezember 2025 an:

dbb berlin  
 post@dbb.berlin  
 Fax: 030.327952-20

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© BSBD Berlin

**PREISRÄTSEL**



## Letzte Meldung

# Evers will keine Hängepartie

**Berlins Finanzsenator Stefan Evers will „keine endlose Hängepartie“ bei der Umsetzung des BVerfG-Urteils zur amtsangemessenen Besoldung. Im Gespräch mit der Landesleitung des dbb berlin kündigte Evers am 25. November 2025 an, dass möglichst noch vor der Parlamentarischen Sommerpause ein Fraktionsgesetzentwurf für ein Reparaturgesetz beschlossen werden soll. Auch die Nachzahlungen sollen danach zügig abgewickelt werden. Der dbb berlin hatte bereits unmittelbar nach Veröffentlichung des Karlsruher Urteils eine schnelle Abwicklung gefordert.**

Auf keine Zustimmung der dbb Landesleitung, die mit den stellvertretenden Vorsitzenden Thomas Goiny, Bodo Pfalzgraf und Heike Breuning bei dem Grundsatzgespräch vertreten war, stieß dagegen die Absicht des Senators, nur Nachzahlungen zu leisten, wenn Widerspruch eingelegt worden ist. Man wolle sich auf die gesetzliche Verpflichtung konzentrieren, meinte Evers unter Hinweis auf die andernfalls entstehenden Mehrkosten.

Der dbb berlin befürchtet dagegen bei einem derartigen Verfahren Unruhen in den Verwaltungen und einen Imageschaden für den Dienstherrn. Auch dürfte das vom Finanzsenator vorgesehene Verfahren auf erhebliche praktische Schwierigkeiten stoßen, u. a. weil nicht davon auszugehen sei, dass in allen Fällen bei jeder Besoldungsänderung Widerspruch eingelegt worden ist. Die dbb Landesleitung unterstrich in diesem Zusammenhang ihre Bereitschaft, an der Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts mitzuarbeiten.

Einig waren sich die Gesprächspartner, dass die endlich unterzeichnete Rahmendienstvereinbarung „Keine Gewalt gegen Beschäftigte“ jetzt in den einzelnen Dienststellen mit Leben gefüllt werden müsse. Im Februar nächsten Jahres soll ein Erläuterungsschreiben der Senatsverwaltung den Prozess beschleunigen.

Weitere Themen des Meinungsaustausches waren die immer noch ausstehende Einführung der elektronischen Versorgungsakte und der elektronischen Personalakte sowie die Stärkung der Demokratie durch entsprechende Fortbildung.



Bodo Pfalzgraf, Thomas Goiny und Finanzsenator Stefan Evers (von links). Nicht im Bild ist Heike Breuning.